

geschöpft. Man wird nicht umhin können, fragen zu müssen, wie der Entscheidungsprozeß verbessert werden kann. In erster Linie ist hier an Formen einer Regelsteuerung zu denken. Nehmen wir etwa das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, den Paragraphen 26 ...

SPIEGEL: ... der Steuererhöhung und Aussetzung der degressiven Abschreibung vorsieht, wenn laut Gesetzestext „erhebliche Preissteigerungen“ erkennbar sind.

KLOTEN: Wenn dieser Paragraph 26 nicht an derartig schwammigen, also vielfach interpretationsfähigen Formulierungen orientiert wäre, könnte das Gesetz auch in der Hochkonjunktur wirksamer sein. Die Gefährdungssachverhalte müßten quantitativ bestimmt werden.

SPIEGEL: Im Gesetz sollte also Ihrer Meinung nach eine maximale Marge der Preissteigerungen angegeben werden, bei deren Erreichen die Regierung gesetzlich verpflichtet wäre, einzugreifen?

KLOTEN: Ja, man darf aber konjunkturpolitische Entscheidungen nicht an einem einzigen Sachverhalt orientieren, sondern müßte sich auf ein abgestimmtes System von Indikatoren stützen. Zu denken wäre etwa außer an Preisindizes an Auftragsbestände, Kapazitätsauslastung, das Verhältnis von angebotenen und nachgefragten Arbeitsplätzen und so weiter.

SPIEGEL: Bundesbankdirektor Irmeler hat den Konjunkturforschern vorgeworfen, sie hätten den Preisanstieg verharmlost. Tatsächlich hat eine Reihe von Forschungsinstituten schon im November 1969 das Ende des Booms vorhergesagt und damit möglicherweise der Regierung eine Rechtfertigung für die konjunkturpolitische Untätigkeit geliefert. Ist der desolate Zustand gegenwärtiger Konjunkturpolitik gleichzeitig eine Bankrotterklärung der Konjunkturforscher?

KLOTEN: Nein, das würde ich so nicht sagen. Alle Konjunkturforschungsinstitute oder sonstige Instanzen, die Prognosen machen, also der Sachverständigenrat, haben die Entwicklung im Jahre 1970 zunächst unterschätzt. Aber einige Forschungsinstitute hatten schon Ende 1969 geglaubt, starke Abschwächungstendenzen zu erkennen. Herr Irmeler ist offenbar der Meinung, daß bei einer anderen Interpretation der statistischen Ziffern durch die Institute es für die Bundesregierung schwerer gewesen wäre, ihre Abstinenzhaltung einzunehmen.

SPIEGEL: Teilen Sie die Meinung von Herrn Irmeler?

KLOTEN: Durchaus. Der Sachverständigenrat hat die Unterschätzung der Auftriebenden schon zu Jahresbeginn erkannt, konnte aber seine Auffassung erst belegen, als weitere statistische Daten bereitstanden. Inzwischen ist wiederum eine konjunkturpolitisch wertvolle Frist relativ ungenutzt geblieben. Aber für ein stabilisierungsorientiertes Handeln ist es nie zu spät.

OSTPOLITIK

Kern der Dinge

Nach der Entspannung mit Moskau will die linksliberale Koalition Entspannung in Bonn suchen: Aus der innenpolitischen Konfrontation mit der CDU/CSU-Opposition will das Kabinett Brandt/Scheel wieder zu Verhandlungen über eine gemeinsame Ostpolitik kommen.

Exponenten der Koalitionsparteien signalisieren ihre Verständigungsbereitschaft. SPD-Kanzleramtsminister Horst Ehmke: „Man kann Gemeinsamkeit immer wieder anstreben.“ Brandts Regierungssprecher Conrad Ahlers: „Es bleibt die Aufgabe der Regierung zu versuchen, doch auch die

schiedenen dagegen, die Deutschland- und Ostpolitik der derzeitigen Bundesregierung mit pauschalen Gefühlsargumenten und globalen Angriffen, die in der gleichen Ebene angesiedelt sind, zu bekämpfen.“

Auch alte außenpolitische Verbündete der Christdemokraten versagten sich letzte Woche den globalen Angriffen. In Bonn verkündete Frankreichs Präsident Pompidou, auf Konsultationsbesuch am Rhein, er unterstütze Brandts Ostpolitik voll und „auch gegenüber allen Gegnern“. In Brüssel wies der politische Ausschuß der Nato-Parlamentarier-Versammlung ein Exposé seines Berichterstatters, des Hamburger CDU-MdB Erik Blumenfeld, zurück, in dem dieser die Bonner Ost- und Deutschlandpolitik kritisiert hatte.



Ostpolitiker Brandt, Bahr: „Das sind doch abgelatschte Schuhe“

Unterstützung der Opposition zu gewinnen.“

Für die FDP gab Parteichef und Außenminister Walter Scheel den neuen Ton an: „Wir werden nicht nur die Bereitschaft zur Zusammenarbeit erklären, sondern auch das Unsere dazu tun, sie zu verwirklichen.“

Die Christdemokraten reagierten auf die Offerten unterschiedlich. Während die alten Kämpfer — allen voran CSU-Baron von Guttenberg, Exkanzler Kiesinger und Bayernführer Strauß — nur dann noch Möglichkeiten gemeinsamer Ostpolitik sehen, wenn die Regierung vor ihnen kapituliert, wollen jüngere Christdemokraten den Kollisionskurs meiden.

In Düsseldorf erklärte der nordrhein-westfälische Landtagswahl-Sieger Heinrich Köppler: „In der Ostpolitik darf es keinen Dissens auf Dauer geben.“ Und in Mainz warb der auf Kiesingers Nachfolge im Parteivorsitz spekulierende Landesfürst Helmut Kohl für Ernüchterung: „Ich bin ent-

Bisher allerdings gibt es zwischen der Regierung und den verständigungsbereiten Oppositionellen nur eine Gemeinsamkeit: Die Bekundungen zum Miteinander basieren auf taktischen Überlegungen.

Die junge Garde der CDU fürchtet, daß ihre Parteivorden die Union mit rechts treiben und zum Sammelbecken unverbesserlicher Nationalisten machen könnten. Köppler nach den Landtagswahlen: „Die Ostpolitik hätte kein Wahlkampfthema sein dürfen. Das war doch Spiegelfechtere.“

Der Berliner Ernst Benda schob dem SPD-Nahkämpfer Herbert Wehner, der unerbittlich den Graben zu den Unions-Rechten vertieft hatte, die Schuld am monatelangen Stellungskrieg zu: „Bei uns sind genug Leute durchaus bereit, die Ostpolitik mitzumachen.“

Nicht nur Sorge um den Standort der Partei, auch Sorge um die eigene Zukunft brachte die CDU-Junioren zur

Besinnung. Denn nach einem eventuellen Regierungswechsel in Bonn müßten auch sie an die von Brandt eingeleitete Außenpolitik anknüpfen, wenn sie nicht den Rückfall in den Kalten Krieg riskieren wollen.

Ex-Staatssekretär Karl Carstens, der lange Jahre im Auswärtigen Amt und unter Kiesinger im Bundeskanzleramt die Bonner Außenpolitik aufbereitet hatte, unterwies bei der Ausarbeitung des neuen CDU-Programms als Leiter der Fachkommission Deutschland-, Europa- und Sicherheitspolitik die christdemokratischen Jungmänner in hoher Staatskunst: „Wir müssen stets an den Zuwachs der Verantwortung denken und eine Politik formulieren, die wir nach Übernahme der Regierung weiter betreiben können.“

Im Regierungslager bestimmte die Kritik am bisherigen Verlauf der Ostpolitik den Wechsel zur weichen Welie. Einige Minister klagten darüber, daß AA-Chef Scheel nicht sofort nach der Rückkehr des Unterhändlers Egon Bahr nach Moskau geflogen sei und den Vertrag unterzeichnet habe. Andere warfen dem Kanzler vor, die Nachrichten-Sperre über das Moskauer Verhandlungsergebnis habe in der Öffentlichkeit unnötige Spannungen und Gerüchte erzeugt. Und Kabinetts-Rechtsaußen Helmut Schmidt meinte gar, man hätte von Anfang an eine gemeinsame Ostpolitik mit der Opposition anstreben müssen.

Zwei in politischer Konsequenz geschulte Altsozialisten erkannten freilich im Wunsch der Regierung, Wandel durch Annäherung an die CDU zu schaffen, Mangel an Stehvermögen. SPD-Vize Herbert Wehner kritisiert seit Wochen, die Brandt-Mannschaft regiere halbherzig, und SED-Chef Walter Ulbricht meint: „Die SPD hat schrecklich viel Angst“ (siehe Seite 31).

Den jüngsten Versuch der Regierung, mit Gemeinsamkeits-Parolen wenigstens zu einem Waffenstillstand zu kommen, suchten die Falken der Union zu hintertreiben. Gerade rechtzeitig, um auf dem Nürnberger Parteitag der CSU müde Männer munter zu machen, erschien in der Münchner Illustrierten „Quick“ der vollständige Text der Absprachen zwischen Egon Bahr und dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko (siehe Seite 71). Prompt lamentierte Franz Josef Strauß: „Schlimmste Befürchtungen sind übertroffen.“

Vor dem CSU-Heer in der Nürnberger Meistersinger-Halle schimpfte Strauß Freitag letzter Woche das Verhandlungsergebnis von Bahr einen „Verrat an dem Freiheitswillen der unter sowjetischer Vorherrschaft lebenden Menschen“. Den Gemeinsamkeits-Aposteln in den Reihen der Schwesterpartei setzte er den Alleinvertretungsanspruch der CSU auf das Wissen um den rechten Weg entgegen: „Wir sind nicht bereit, uns bei dem waghalsigen Ritt über das sumpfige Gelände ostpolitischer Abenteuer als Geleitschutz mißbrauchen zu lassen.“ Auf ihrem Parteitreffen vereinbarten die CSU-Oberen, im bayri-

schen Wahlkampf kommenden Herbst Kommunistenfurcht zu schüren und die Wähler so ins Lager der Konservativen zu treiben. Deshalb sei jedes Abweichen vom Kurs Strauß/Guttenberg und jede Anfälligkeit für Gemeinsamkeits-Parolen parteischädigend.

Strauß und seine Gesinnungsfreunde schlugen Lärm um nichts, was nicht schon bekannt wäre. Denn was „Quick“ nachtragen konnte, ist längst öffentlich verkündete Bonner Ostpolitik. Egon Bahr: „Das sind doch abge-latschte Schuhe.“

Um die Zusammenarbeit mit den Fraternisierungswilligen in der CDU zu fördern, stellte ein Brandt-Vertrauter rasch eine Liste vorhandener Gemeinsamkeiten zusammen:

- ▷ der Mahnung der Opposition, keinen Ausverkauf deutscher Interessen zu betreiben, entspreche die



Ostpolitik-Gegner Strauß
„Ritt über sumpfiges Gelände“

Zusicherung der Regierung, keine endgültigen Regelungen zu treffen;

- ▷ beide Seiten seien darin einig, daß einem Friedensvertrag nicht vorgegriffen werden dürfe;
- ▷ beide bestünden auf der Fortdauer der Vier-Mächte-Verantwortung.

Darüber hinaus seien weitere Möglichkeiten gemeinsamer Politik gegeben. So sei die Forderung der Opposition, erst nach einer befriedigenden Berlin-Sicherung den Vertrag mit Moskau zu unterschreiben, kein Grund zum Zwist. Denn die Regierung möchte zwar die Unterschrift leisten, um den politischen Effekt in der Weltöffentlichkeit für sich zu nutzen, dann jedoch die Ratifizierung durch den Bundestag — wie beim Atomwaffensperrvertrag — nach Nützlichkeitsermessens hinaus-zögern.

Mit dem Einigkeiten-Katalog möchte die Regierung verdecken, daß die Kernpunkte ihrer neuen Ostpolitik nach wie vor mit der erklärten CDU-Politik unvereinbar sind. Dazu gehö-

- ▷ die Anerkennung der Unverletzlichkeit aller europäischen Grenzen, auch der Westgrenzen Polens und der DDR, und

- ▷ die Bereitschaft, der DDR den Weg in die UNO zu bahnen.

In der Grenzfrage allerdings hat bei progressiven Unions-Politikern ein Prozeß des Umdenkens begonnen. Immer mehr Abgeordnete — vornehmlich aus der Nachbarschaft des Christenzirkels „Bensberger Kreis“ — akzeptieren die These der bisherigen Fraktionseinzügler Petersen und Dighans, die Anerkennung der polnischen Westgrenze sei moralische Verpflichtung.

Sogar eine gemeinsame Haltung der CDU-Tauben und der Links-Regierung zur Uno-Mitgliedschaft beider deutscher Staaten scheint in Zukunft nicht mehr gänzlich ausgeschlossen. Die Regierung will diese Politik internationaler Aufwertung der DDR nämlich erst betreiben, wenn Ost-Berlin verbesserte innerdeutsche Beziehungen konzidiert. Andererseits mahnte in der CDU bereits der außenpolitische Profi Carstens: „Ich bin dagegen, daß Nicht-Anerkennung zum Ziel unserer Politik wird.“

Selbst CDU-Generalsekretär Bruno Heck bekundet Elastizität: „Gemeinsamkeit heißt zunächst: auf der Basis der Großen Koalition. Die Regierung soll uns aber sagen, was sie an neuen Informationen hat, die es rechtfertigen, daß auch wir unseren Standpunkt überdenken.“

Heinrich Köppler assistierte seinem Parteimanager: „Die Regierung soll sich endlich einen Ruck geben, um zu einer neuen Basis auch mit der Opposition zu kommen.“

Kanzler Brandt hat den Ruck bereits programmiert. Während der Sommer-Pause sollen die Vorsitzenden der Ausschüsse für Außenpolitik und innerdeutsche Beziehungen, die CDU-Abgeordneten Schröder und Johann Baptist Gradl, laufend bis ins einzelne über die Vorbereitung von Scheels Moskauer Verhandlungen unterrichtet werden. Vor Scheels Abflug ist dann die Information des gesamten Auswärtigen Ausschusses und der CDU/CSU-Fraktionsführung vorgesehen. Selbst eine nochmalige Verschiebung von Scheels Abreise — bis in den September — wird nicht ausgeschlossen.

Wo für die Regierung das Ende möglicher Gemeinsamkeit liegt, klärte Kanzler Brandt: „Eine Rückkehr zum Begriff Phänomen wäre keine Politik, bestenfalls ein internationaler Lacherfolg.“

Manche der christdemokratischen Gralshüter überfällt bereits ein Ahnen, daß ihr Widerstand gegen eine Anerkennung der Realitäten und eine DDR ohne Anführungsstriche zum Scheitern verurteilt ist. So klagt der Berliner CDU-Rechtsaußen Franz Amrhein: „Das mag alles in der Entwicklung sein, das mag ja alles so kommen, aber sagen dürfen wir das nun nicht auch noch.“